

Aufarbeitung weiter erforderlich

Landtagspräsidentin Brakebusch nimmt Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur entgegen

Das Gesamtsystem der politischen Verfolgung der SED-Diktatur - der zweiten deutschen Diktatur des vergangenen Jahrhunderts – muss auch weiterhin aufgearbeitet werden. Dies betonte **Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch** bei der Übernahme des 23. Tätigkeitsberichts der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Birgit Neumann-Becker am heutigen Dienstag, 28.03.2017.

Solange so viele Menschen aufgrund ihrer politischen oder politisch motivierten Verfolgung mit ihrem Schicksal nicht versöhnt seien und keine angemessene Anerkennung erfahren würden, bleibt nach Auffassung der **Landtagspräsidentin Brakebusch** die Aufarbeitung dringend erforderlich. Insbesondere die fehlende Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden bei den strafrechtlich Rehabilitierten ist eine beständige Problematik. Brakebusch tritt daher für die Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze ein. Dazu gehöre auch, dass die Überprüfung auf eine Mitarbeit bei der Staatssicherheit nicht mit dem 31.1.2019 enden dürfe. Die **Landtagspräsidentin** setzt sich daher für eine Entfristung der Überprüfungsmöglichkeiten nach dem Stasiunterlagengesetz des Bundes ein.

Neben der Betreuung der SED-Verfolgten und Diktatur-Opfer sieht **Brakebusch** die politische Bildung und die Erinnerungsarbeit als weitere Schwerpunkte der Arbeit der Landesbeauftragten.

Landtagspräsidentin Brakebusch sagte ihre Unterstützung für die Idee der Landesbeauftragten zu, die Namen der Grenztoten beispielsweise in einem Gedenkstein, einem Gedenktafel oder Ähnlichem festzuhalten, der an einer Gedenkstätte errichtet werden soll. **Brakebusch** brachte die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn in die Diskussion ein, da dieser Ort für sie am prädestiniertesten ist. Berücksichtigt werden sollen in diesem Fall Opfer aus Sachsen-Anhalt an der innerdeutschen Grenze (auch in Berlin) und am Eisernen Vorhang (beispielsweise in Ungarn), aber auch die Opfer aus dem In- und Ausland, die an sachsen-anhaltischen Grenzstreifen zu Tode gekommen sind. Grenzopfer dürfen nicht vergessen werden“, betonte Birgit Neumann-Becker

Mit der seit 01.01.2017 in Kraft getretenen Neufassung des Gesetzes zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat sich nicht nur das Aufgabenspektrum der Landesbeauftragten erweitert; die Behörde ist nunmehr auch dem Landtag von Sachsen-Anhalt zugeordnet. Seit Ende Februar hat die Landesbeauftragte auch ihre neuen Büros im Schleinufer 12 in Magdeburg bezogen.